

Ein Ritual, das alles zudeckt

Autor(en): **Moser, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **53 (1998)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Ritual, das alles zudeckt

Die neue Agrarpolitik wird die Probleme der Landwirtschaft nicht lösen. Agrarische und industrielle Produktion sind grundverschieden.

Seit Mitte der achtziger Jahre ist man sich in der Politik weitgehend einig: Die Schweiz braucht – aus innen- und aussenpolitischen Gründen – dringend eine tiefgreifende Reform der staatlichen Agrarpolitik. Nach sieben Volksabstimmungen und zahllosen Parlamentsdebatten haben sich National- und Ständerat nun auf den Inhalt des neuen Landwirtschaftsgesetzes «Agrarpolitik 2002» (AP 2002) geeinigt. Das Resultat dieser politischen Kraftanstrengung sei, bilanzierte die NZZ, eine «teure Agrarpolitik, arme Bauern und geprellte

Die Abhängigkeit der Bauern vom Staat wird zementiert

Konsumenten». Wo liegen die Ursachen dafür, dass jetzt ausgerechnet diejenigen, die diese Reformen am vehementesten verlangten und am stärksten vorantrieben, bereits wieder so unzufrieden sind wie zu Beginn der Übung? Ist es, wie eine populäre und auf den ersten Blick nicht ganz abwegige Erklärung meint, einer allmächtigen Agrarlobby geglückt, eine «vernünftige» Reform der Agrarpolitik in Richtung von «mehr Markt und mehr Ökologie» zu verhindern? Obwohl diese Erklärung seit Jahrzehnten zum Standardargument mehr oder weniger tief-schürfender Analysen der Agrarpolitik gehört, verschlei-ert sie mehr, als sie erläutert. Es stimmt zwar, dass die Landwirtschaft mit ihren zwei bis drei Dutzend – unter sich sehr zerstrittenen – VertreterInnen in Bern übervertreten ist. Doch das

reichte in der Vergangenheit weder zur Verhinderung von der Landwirtschaft nicht genehmen noch für die Verabschiedung «bauernfreundlicher Beschlüsse». Alle agrarpolitisch wichtigen Entscheide wurden immer von einer soliden Mehrheit der ParlamentarierInnen mitgetragen.

Wer die Politik nicht primär nach den Absichtserklärungen der Akteure beurteilt, sondern an den Resultaten misst, die diese produzieren, wird einen anderen Weg suchen müssen, um die Funktion und das Funktionieren der Agrarpolitik zu verstehen. Denn die Debatten um die Agrarpolitik sind zu einem grossen Teil ein Ritual. Ihr Zweck ist nicht, den radikalen Transformationsprozess des Agrarsektors transparent und dadurch diskutierbar zu machen, sondern diesen in ein Stabilität suggerierendes Gewand zu hüllen. So ging es in der Nachkriegszeit nie um die seit bald einhundert Jahren propagierte «Erhaltung des Bauernstandes», sondern um die Ankoppelung der Landwirtschaft an die moderne Industriegesellschaft, um die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion auf den bestehenden Höfen also. Die vor fünfzig Jahren in die Verfassung geschriebene Absicht, einen «gesunden Bauernstand» zu erhalten, ist Absicht geblieben. Nicht etwa eine «Verbäuerlichung der Schweiz» hat seither stattgefunden, sondern – wenn schon – eine «Verschweizerung der Bauern». Die Integration der bäuerlichen Bevölkerung in den Bundesstaat erfolgte in einem derart umfassenden Sinne, dass sie physisch weitgehend in

der modernen Gesellschaft aufgehoben wurde. Viel mehr als zur Erhaltung der herkömmlichen Bauernschaft hat die staatliche Agrarpolitik auch in der Schweiz zum Untergang des Bauerntums, dem vielleicht dramatischsten sozialen Wandel in der Nachkriegszeit, beigetragen, wie der marxistische Historiker Eric Hobsbawm schreibt.

Heute werden genau wie in der Vergangenheit tiefgreifende Veränderungsprozesse im Agrarsektor von einer politisch breit abgestützten «Neuorientierung» der staatlichen Agrarpolitik begleitet, die das Wesen des Transformationsprozesses eher verschleiert als erläutert. Die populäre – oder populistische? – Rhetorik von «mehr Markt und mehr Ökologie» trägt nicht wenig dazu bei, dass der Inhalt der momentan stattfindenden Veränderungen – die noch weitergehende Verwandlung der ProduzentInnen in Rentenbezüger und Anbieter von am Markt nicht nachgefragten Dienstleistungen – kaum noch diskutiert wird. Bezeichnenderweise spricht niemand darüber, dass mit der AP 2002 die Grundlagen dafür, dass die ProduzentInnen in Zukunft nachhaltig wirtschaften und ihr Einkommen über den Erlös des Produkteverkaufs am Markt realisieren können, gerade nicht geschaffen werden.

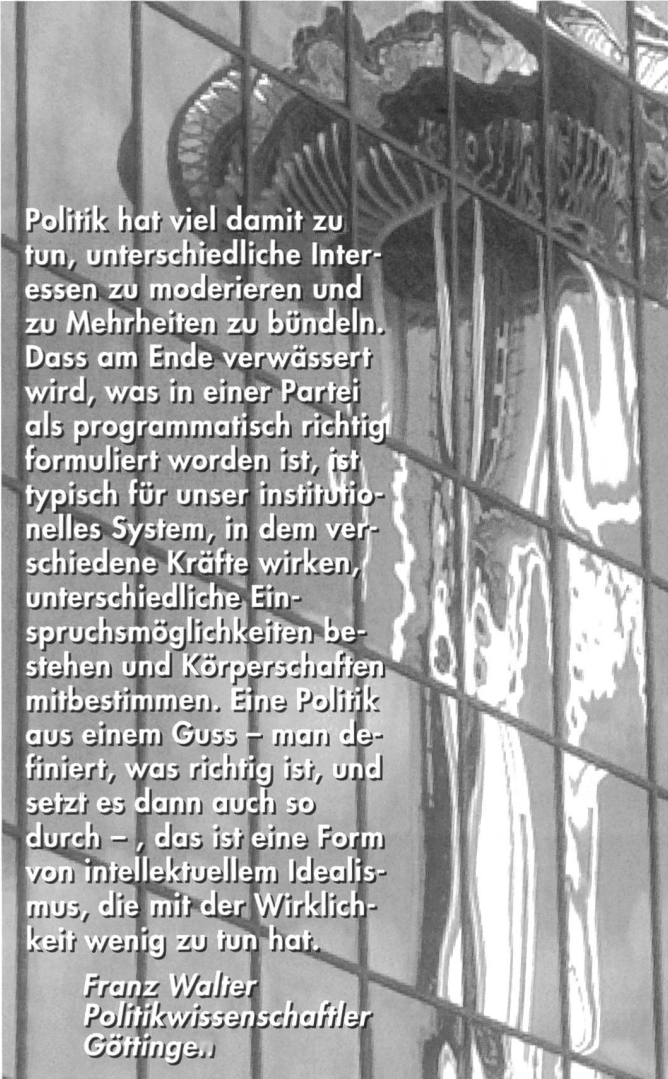
Agrarische und industrielle Produktion

Erst die masslose ideologische Überhöhung der Betriebsform des bäuerlichen Familienbetriebs hat in den fünfziger und

sechziger Jahren ermöglicht, die Landwirtschaft ohne grössere soziale Unrast aus ihrer herkömmlichen, noch weitgehend auf der Grundlage der Bodenbewirtschaftung beruhenden und an die (Wachstums-)Restriktionen der natürlichen Kreisläufe gebundenen Form der Nahrungsmittelproduktion herauszulösen und in eine Landwirtschaft zu verwandeln, die ähnliche Produktivitätsfortschritte wie die Industrie erzielen konnte. Dass diese Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion nur teilweise die angestrebten Resultate (immer billigere Nahrungsmittel für die KonsumentInnen und Einkommensgarantien für die BetriebsleiterInnen auf den mittelgrossen Bauernhöfen) zeitigte, ist auf den simplen, aber fundamentalen Unterschied zurückzuführen, der zwischen einer agrarischen und einer industriellen Produktion besteht.

Eine agrarische Produktion zeichnet sich durch die Nutzung von Pflanzen und Tieren aus und läuft in biologischen Prozessen ab. Die Geschwindigkeit der Ressourcennutzung hängt auch von derjenigen der biologischen und ökologischen Erneuerungszyklen ab. Weil alle involvierten Organismen einen Teil der verfügbaren Energiematerie selbst verbrauchen, ist immer eine physische Obergrenze der Produktion vorhanden; weder die Tier- noch die Pflanzenproduktion sind beliebig ausdehnbar, sondern durch ihre jeweils unterschiedlich langen Reproduktionszyklen begrenzt.

Demgegenüber funktioniert die Industrie seit dem 19. Jahrhun-



Politik hat viel damit zu tun, unterschiedliche Interessen zu moderieren und zu Mehrheiten zu bündeln. Dass am Ende verwässert wird, was in einer Partei als programmatisch richtig formuliert worden ist, ist typisch für unser institutionelles System, in dem verschiedene Kräfte wirken, unterschiedliche Einspruchsmöglichkeiten bestehen und Körperschaften mitbestimmen. Eine Politik aus einem Guss – man definiert, was richtig ist, und setzt es dann auch so durch –, das ist eine Form von intellektuellem Idealismus, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat.

*Franz Walter
Politikwissenschaftler
Göttingen*

dert weitgehend auf Basis der Nutzung von Bestandesgrößen nichterneuerbarer Ressourcen (vor allem Kohle, Erdöl und Uran) und läuft über maschinelle Prozesse ab. Die zeitliche Struktur der Produktion ist deshalb lediglich abhängig von den Kapitalgüterbeständen und dem Stand der technologischen Entwicklung. Erst dieser Zusammenhang ermöglichte es, innerhalb weniger Generationen erstmals in der Geschichte der Menschheit ein exponentielles Wachstum der Wirtschaft zu organisieren.

Beim Versuch der Agrarpolitik, diesen Unterschied zu überwinden und die Nahrungsmittelproduktion auf den Bauernhöfen

der gleichen Logik wie in der Industrie zu unterstellen, sind zwar viele Unterschiede zwischen den beiden Produktionsweisen eingegeben worden. Aber die grundlegende Differenz konnte bis heute nie ganz überwunden werden. Eine Optimierung der landwirtschaftlichen Produktion im Stil der industriellen Produktion – wo Arbeit, Boden und Kapital in ihrer Kapazität bei einer entsprechenden Organisation konstant ausgelastet werden können – ist grundsätzlich nicht erreichbar. Die saisonalen, von den Reproduktionszyklen der Tiere und Pflanzen bestimmten Schwankungen im landwirtschaftlichen Produktionsablauf können zwar minimiert, nicht

aber aufgehoben werden. Das führt zwangsläufig zu einer – aus einer industriellen Perspektive betrachtet – «Überkapitalisierung» der Landwirtschaft, so dass die Investitionsgüter hier fast durchwegs weniger gut ausgelastet werden können als in der Industrie – und zwar auch auf den grossen Höfen.

AP 2002 ist zum Scheitern verurteilt

In den agrarpolitischen Auseinandersetzungen der fünfziger und sechziger Jahre war viel vom allseitig geteilten Wunsch der Erhaltung der Familienbetriebe die Rede, aber die Folge der politischen Neuorientierung, die Degradierung des Bodens – der wichtigsten Grundlage sowohl der herkömmlichen als auch einer modernen, biologischen Landwirtschaft – zur Hilfsquelle, ist in der Agrarpolitik nie thematisiert worden. Bezeichnenderweise spricht auch heute niemand von den Auswirkungen der AP 2002, alle reden nur von den Wünschen und Hoffnungen, die sie in diese Neuorientierung projizieren: von mehr Markt und Ökologie also. Die sich schon heute deutlich abzeichnende Entwicklung, dass die Bauern und Bäuerinnen noch mehr vom Staat abhängig werden, wird tabuisiert (obwohl mittlerweile nicht einmal mehr die Bio-Bauern und -Bäuerinnen vom Verkauf ihrer Produkte leben können).

Die AP 2002 verstärkt und zementiert die Abhängigkeit der Bauern vom Staat durch ihre Verwandlung in Anbieter von

am Markt nicht nachgefragten landschaftspflegerischen Dienstleistungen. So richtig das im Einzelfall sein kann, ein Abbau der landwirtschaftlichen Produktion und die Vollendung der Verwandlung der bisher darin Beschäftigten in vom Staat abhängige Rentenbezüger ist keine Grundlage für eine Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade weil eine biologisch betriebene Landwirtschaft im Moment praktisch noch die einzige wirtschaftliche Tätigkeit ist, die ihre Lebensgrundlagen nicht verbraucht, sondern wieder reproduziert, sollte ihr Tätigkeitsfeld aus-, nicht abgebaut werden.

Nicht ein Abbau der landwirtschaftlichen Tätigkeit müsste am Anfang einer Neuorientierung der Agrarpolitik in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft stehen, sondern eine Reorganisation der Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, die ein ökologisches Verhalten der Individuen erst ermöglichen würde. Die AP 2002 wird deshalb ebensowenig zu einer nachhaltig produzierenden Landwirtschaft führen wie die als Gegenvorschlag zu Diskussion stehende «Volksinitiative für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe», die höchstens den rituellen Charakter der Agrarpolitik bestätigt wie kaum eine andere Vorlage zuvor.

Peter Moser

Aus:
«Die Wochenzeitung»
Nr. 13 / 26. März 1998